

---

# Verordnung über den Kindes- und Erwachsenenschutz (VKES)

vom 22.08.2012 (Stand 01.02.2018)

---

## ***Der Staatsrat des Kantons Wallis***

eingesehen den Artikel 57 Absatz 2 der Kantonsverfassung;

eingesehen das Kapitel 1.2 des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 24. März 1998 (Änderung vom 11. Februar 2009) und insbesondere die Artikel 16, 34 Absätze 1 und 2, 36 Absatz 3, 37 Absatz 1;

auf Antrag des Departementes für Sicherheit, Sozialwesen und Integration,

*verordnet:*<sup>1)</sup>

## **1 Allgemeine Bestimmungen**

### **Art. 1** Zweck

<sup>1</sup> Die vorliegende Verordnung regelt:

- a) \* die administrative Aufsicht über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB; Art. 13, 14 und 111 EGZGB);
- b) die administrative und betriebliche Organisation der KESB;
- c) die Geschäftsführung der KESB;
- d) die Führung der Inventare, der Rechnungen und Berichterstattungen, ihre Prüfung und Genehmigung;
- e) die anderen für den Vollzug der Entscheide der KESB erforderlichen Zusatzbestimmungen.

---

<sup>1)</sup> Jede in der vorliegenden Verordnung benutzte Bezeichnung einer Person, eines Statuts, einer Funktion oder eines Berufes wird für Frau und Mann im gleichen Sinne verwendet.

\* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

## 211.250

---

### **Art. 2** Anwendungsbereich

<sup>1</sup> Die Bestimmungen der vorliegenden Verordnung betreffend den Beistand sind unter Vorbehalt gegenteiliger Bestimmungen ebenfalls auf den Vormund des Kindes anwendbar.

### **Art. 3** Rechtsgleiche Behandlung

<sup>1</sup> Die vorliegende Verordnung muss unparteiisch angewendet werden.

<sup>2</sup> Es darf keine unterschiedliche Behandlung erfolgen, welche sich namentlich auf die Rasse, das Geschlecht, die Sprache, die Religion, die politische Ansicht oder jede andere Ansicht, die nationale oder soziale Herkunft, die Geburt oder die wirtschaftliche Situation stützt.

### **Art. 4** Gesetzeslücken

<sup>1</sup> Beim Fehlen einer anwendbaren gesetzlichen Bestimmung handelt die Behörde nach jenen Regeln, die sie anstelle des Gesetzgebers erlassen würde.

<sup>2</sup> Sie berücksichtigt die von der Rechtsprechung eingeführten Lösungen sowie die Grundsätze, welche die vorliegende Verordnung, die Bundes- und Kantongesetzgebung festlegen.

<sup>3</sup> Die Handlungen der Behörden müssen im öffentlichen Interesse liegen und den Grundsatz der Verhältnismässigkeit berücksichtigen.

## **2 Administrative Aufsicht über die KESB \***

### **Art. 5** Zuständigkeiten

<sup>1</sup> Die administrative Aufsicht über die KESB fällt in die Zuständigkeit des Staatsrates, welcher diese dem mit der Sicherheit beauftragten Departement anvertraut (nachfolgend: Departement). \*

<sup>2</sup> Das Departement übt die administrative Aufsicht durch die Inspektoren aus.

<sup>3</sup> Der Staatsrat ernennt für jeden Kreis einen Inspektor. Der erste Kreis besteht aus den Bezirken des Oberwallis, der zweite Kreis aus den Bezirken des Mittelwallis und der dritte Kreis aus den Bezirken des Unterwallis.

<sup>4</sup> Der Inspektor darf kein Amt als Beistand oder Vormund ausüben und nicht Mitglied einer KESB sein.

**Art. 6**      Inspektion der KESB

<sup>1</sup> Die administrative Aufsicht der KESB besteht in der Kontrolle ihrer Organisation (Art. 12 ff.) und der genauen Prüfung der Verzeichnisse, der Akten, der Rechnungen und der Archive.

<sup>2</sup> Die Kontrolle über die Anwendung des materiellen Rechts in einem konkreten Fall fällt nicht unter die administrative Aufsicht. Sie beinhaltet kein Weisungsrecht zur Untersuchung oder zur Änderung der getroffenen Massnahmen in einem besonderen Fall.

<sup>3</sup> Grundsätzlich findet die Inspektion einmal im Jahr statt; der Inspektor kann jedoch von Fall zu Fall über eine zweijährige Inspektion entscheiden. Von Amtes wegen oder auf Gesuch des Departementes hin kann der Inspektor zusätzliche Kontrollen vornehmen.

<sup>4</sup> Der Präsident des KESB ist verpflichtet, der Inspektion beizuwohnen.

<sup>5</sup> Der Inspektor erstellt in eigener Verantwortung einen detaillierten Bericht über die Tätigkeit der KESB. Eine der Kopien des detaillierten Berichtes wird in den Archiven der inspizierten Behörden hinterlegt.

<sup>6</sup> Der Inspektor erstellt einen Synthesebericht, welcher dem Departement zuhanden des Staatsrates zugestellt wird.

<sup>7</sup> Der Inspektor ordnet die erforderlichen Korrekturmassnahmen an. Sein Entscheid kann mittels Beschwerde beim Departement und danach beim Kantonsgericht angefochten werden.

**Art. 7 \***      ...

**Art. 8**      Besondere Zuständigkeit des Inspektors

<sup>1</sup> Der Inspektor gewährt die durch die Umstände gebotene Beratung und Instruktionen.

<sup>2</sup> Er gewährleistet eine koordinierte Praxis der KESB in seinem Kreis.

**Art. 9**      Besondere Zuständigkeit des Departementes

<sup>1</sup> Das Departement kann jederzeit eine Inspektion einer KESB vornehmen lassen. \*

## 211.250

---

<sup>2</sup> Es kann eine Untersuchung betreffend eine von einer KESB getroffenen und angefochtenen Schutzmassnahme anordnen, wenn die Anfechtung in einem schlechten Funktionieren dieser Behörde oder in der Verletzung einer Bestimmungen über die Organisation (Art. 12 ff.) oder die Geschäftsführung (Art. 18 ff.) begründet ist.

<sup>3</sup> Im Falle der Nichtbeachtung der in der vorliegenden Verordnung enthaltenen Vorschriften kann das Departement:

- a) \* unbeschadet der zivilrechtlichen Verantwortlichkeit der Betroffenen und unter Vorbehalt der Strafklage gegen die Mitglieder der KESB eine Busse entsprechend den Bestimmungen über die administrativen Strafentscheide aussprechen;
- b) \* ein Mitglied der KESB, das in schwerer Weise und wiederholt gegen seine Verpflichtungen verstossen hat, mangels eines Entscheides der Ernennungsbehörde absetzen.

### **Art. 10** Absetzung

<sup>1</sup> Die Absetzung eines Mitglieds der KESB durch das Departement wird im Anschluss an eine Untersuchung und nach Anhörung der Ernennungsbehörde und des Betroffenen ausgesprochen. \*

<sup>2</sup> Im Übrigen gilt das Gesetz über das Verwaltungsverfahren und die Verwaltungsrechtspflege (VVRG).

### **Art. 11** Entlöhnung des Inspektors

<sup>1</sup> Die Entlöhnung des Inspektors wird durch einen Entscheid des Departementes festgelegt; diese wird der Staatskasse belastet.

## **3 Administrative und betriebliche Organisation der KESB**

### **Art. 12** Grundsatz

<sup>1</sup> Für die administrative und betriebliche Organisation der KESB ist unter Vorbehalt des Bundes- und Kantonsrechts die Gemeinde oder die Gemeindevereinigung zuständig.

<sup>2</sup> Die Organisation der KESB muss ihnen ein völlig unabhängiges Handeln garantieren sowie den Datenschutz gewährleisten.

**Art. 13** Büro und Mobiliar

<sup>1</sup> Die Gemeinden stellen den KESB zur Verfügung:

- a) ein angemessenes Sitzungslokal;
- b) das notwendige Mobiliar und Material;
- c) die Archive oder Archivschränke, welche die Akten vor Feuer und Naturgewalten schützen und deren Zugang ausschliesslich den Mitgliedern der KESB, dem Schreiber und dem Sekretär vorbehalten ist.

**Art. 14** Bibliothek

<sup>1</sup> Jede KESB muss über folgende Unterlagen verfügen:

- a) das Schweizerische Zivilgesetzbuch und die ergänzende Gesetzgebung;
- b) das Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch, das VVRG, das Gesetz betreffend den Tarif der Kosten und Entschädigungen vor Gerichts- oder Verwaltungsbehörden (GTar), das Gesetz über die unentgeltliche Rechtspflege und das Gesetz über die Eingliederung und die Sozialhilfe;
- c) die vorliegende Verordnung;
- d) einen Ordner mit den Rundschreiben, den Weisungen der Aufsichtsbehörden, den Inspektionsberichten und anderen vergleichbaren Dokumenten;
- e) die grundsätzlichen Werke zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht;
- f) einen Anschluss an die Internetseite der Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES).

<sup>2</sup> Jede KESB hat die Zeitschrift für Kindes- und Erwachsenenschutz (ZKE) zu abonnieren.

**Art. 15** Ausbildung

<sup>1</sup> Das Departement sorgt für die Ausbildung der Mitglieder der KESB. \*

<sup>2</sup> Das für die Jugend beauftragte Departement stellt den KESB ein Verzeichnis der verschiedenen Institutionen und der verschiedenen zuständigen Dienststellen im Bereich des Jugendschutzes zur Verfügung. \*

<sup>3</sup> Die Ausbildungskosten gehen zu Lasten der Gemeinde oder der Gemeindevereinigung.

**Art. 16 \*** ...

## 211.250

---

### Art. 17 Beistandschaft von Angehörigen

<sup>1</sup> Unter Vorbehalt einer Befreiung der KESB gelten für die Beistandschaft von Angehörigen die Vorschriften der vorliegenden Verordnung betreffend die Geschäftsführung, die Führung der Inventare, der Rechnungen und Geschäftsberichte.

## 4 Geschäftsführung

### Art. 18 Grundsätze

<sup>1</sup> Die KESB hat die Verpflichtung zu führen:

- a) für die Erwachsenen und für die Minderjährigen eine elektronische Datenbank der persönlichen Daten, die mindestens die vom Departement verlangten Informationen enthält und welche zur Führung der Fälle und der Statistik dient;
- b) \* ...
- c) \* ...

<sup>2</sup> Im Übrigen führt sie für jeden Fall:

- a) eine auf den Namen lautende Akte;
- b) die Übernahme-, Ergänzungs- und Korrekturinventare;
- c) eine Schlussrechnung.

**Art. 19 \*** ...

**Art. 20 \*** ...

### Art. 21 Aktenführung

<sup>1</sup> Sobald sich die KESB mit einem Fall betreffend das Kindes- und Erwachsenenschutzrecht zu befassen hat, eröffnet sie systematisch eine Akte.

<sup>2</sup> Jede Akte ist nummeriert und in einer Kartei verzeichnet.

<sup>3</sup> Ein und dieselbe Akte folgt der gleichen Schutzmassnahme von deren Errichtung bis zur Aufhebung.

**Art. 22** Archivierung

<sup>1</sup> Nach Ablauf eines Jahres seit seinem Abschluss werden die Akten im Archiv der KESB aufbewahrt.

<sup>2</sup> Die Ablegung im Archiv wird im entsprechenden Blatt des Personenverzeichnisses vermerkt oder in der elektronischen Datenbank erfasst, falls sich die KESB für die Eintragung dieser Informationen dazu entschieden hat.

<sup>3</sup> Unter Vorbehalt gegenteiliger kommunaler Bestimmungen werden die Akten unbefristet archiviert. Die Buchungsbelege können nach 10 Jahren seit ihrer Ablegung im Archiv vernichtet werden.

<sup>4</sup> Im Übrigen sind die Bestimmungen des Gesetzes über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und die Archivierung anwendbar.

**Art. 23** Protokolle

<sup>1</sup> Die KESB ist verpflichtet, ihre Verhandlungen schriftlich festzuhalten. Sie erfüllt diese Verpflichtung, indem sie entweder einen Beschluss erlässt oder ein vorschriftsmässiges Protokoll verfasst.

**Art. 24** Zustimmung der KESB

<sup>1</sup> Die Handlungen, welche der Zustimmung der KESB unterstellt sind, bilden Gegenstand einer Beratung, welche die Tragweite des Beschlusses und die an die Zustimmung geknüpften Bedingungen präzisiert. Diese Beratung wird in einem Protokoll übertragen.

<sup>2</sup> Das Protokoll über den Abschluss eines Erbteilungsvertrages führt summarisch die den Berechtigten zugeteilten Lose auf.

<sup>3</sup> Das Protokoll, welches die Zustimmung über die Aufnahme oder Gewährung von erheblichen Darlehen enthält, erwähnt die Summe, den Zinssatz und die Dauer des abgeschlossenen Vertrages.

<sup>4</sup> Das Protokoll, welches eine Vereinbarung über den Unterhaltsbeitrag des Kindes genehmigt, enthält den Unterhaltsbeitrag sowie die Angaben, die seine Festlegung ermöglichen.

### 5 Inventar, Rechnung und Berichterstattung

#### Art. 25 Inventar beim Amtsantritt

<sup>1</sup> Das Inventar beim Amtsantritt wird in Zusammenarbeit mit der KESB, ja sogar mit der ÖBB wenn dieses Inventar für einen privaten Beistand mit einem besonderen Aufwand verbunden ist, entsprechend den Regeln des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch errichtet.

<sup>2</sup> Das Original des Inventars bleibt im Besitze der KESB.

#### Art. 26 Periodische Rechnung

<sup>1</sup> Die Rechnung muss entsprechend den bei der kaufmännischen Buchführung zu beachtenden Grundsätzen vorgelegt werden. Die KESB kann den Beistand ermächtigen, die Rechnung in Form von Bankauszügen vorzulegen.

<sup>2</sup> Die Rechnung muss die Rechnungsbelege (Quittungen, Erklärungen, Urkunden, usw.) und eine Berichterstattung (Art. 27) enthalten. Der Beistand unterschreibt die Rechnung und die Berichterstattung. \*

<sup>3</sup> Wenn mit Zustimmung der KESB eine Einnahme oder Ausgabe erzielt wurde, muss das Datum dieser Einwilligung angegeben werden.

<sup>4</sup> Das Original der Rechnung bleibt im Besitz der KESB. Sie wird mit dem Vermerk der Genehmigung versehen und vom Präsidenten der KESB oder seinem Stellvertreter und vom Schreiber oder seinem Stellvertreter unterschrieben.

#### Art. 27 Berichterstattung

<sup>1</sup> Die schriftliche Berichterstattung orientiert die KESB über die im Laufe des Rechnungsjahres vorgenommenen Handlungen sowie die persönlichen Kontakte des Beistandes mit der betroffenen Person, über die ihr zur Verfügung stehenden Mittel, ihre Bedürfnisse, ihre Lebensbedingungen und Erziehung, ihr Verhalten sowie alle anderen, aussagekräftigen und wissenswerten Umstände.

**Art. 28** Schlussrechnung

<sup>1</sup> Die Schlussrechnung gibt alle Daten, Buchungen sowie die finanziellen Vorgänge wieder. Sie enthält in chronologischer Reihenfolge:

- a) die vom Beistand in Zusammenarbeit mit der KESB, ja sogar mit der ÖBB, erstellten Inventare;
- b) die Inventare des Kindesgutes, welche im Anschluss an die von der KESB erlassenen Massnahmen zum Schutze des Kindesgutes erstellt und hinterlegt wurden;
- c) die öffentlichen Inventare;
- d) die ergänzenden Inventare;
- e) die Rechnungen und die begleitenden Berichte;
- f) die Beratungen und Beschlüsse, die sich auf die Prüfung und die Genehmigung der unter a, b, d und e erwähnten Inventare, Berichte und Rechnungen beziehen;
- g) die Angabe der dem Beistand zugesprochenen Entschädigung.

<sup>2</sup> Die Schlussrechnung wird vom Beistand unterzeichnet; sie wird vom Präsident der KESB oder seinem Stellvertreter und vom Schreiber oder seinem Stellvertreter genehmigt.

**Art. 29** Aufbewahrung von Wertsachen

<sup>1</sup> Der die Rechnung begleitende Bericht gibt an, welche wichtigen Dokumente und Wertgegenstände in einer durch die Bundesverordnung über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft anerkannten Einrichtung aufbewahrt werden.

<sup>2</sup> Eine Quittung oder Empfangsbestätigung des Aufbewahrers wird den Akten beigelegt.

**Art. 30** Prüfungsverfahren der Rechnung und der Berichterstattung

<sup>1</sup> Die Rechnung und die Berichte müssen bei der KESB innert der von ihr festgesetzten Frist hinterlegt werden. Wenn die Rechnung nach zweimaliger Mahnung nicht vorgelegt wird, so lässt die KESB diese auf Kosten des Beistandes durch einen Dritten erstellen. Im Übrigen sind die Bestimmungen über die Zwangsvollstreckung von Verwaltungsentscheiden anwendbar.

<sup>2</sup> Die KESB prüft die Berichte und die Rechnung sowohl unter dem Gesichtspunkt der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen als auch der Notwendigkeit der verschiedenen Handlungen und der Richtigkeit der Buchführung.

## 211.250

---

<sup>3</sup> Die KESB kann vom Beistand sämtliche zusätzliche Auskünfte verlangen und falls erforderlich eine Frist zur Ergänzung oder Berichtigung der Rechnung festlegen. Sie kann dies auch selber auf Kosten des Beistandes vornehmen.

<sup>4</sup> Unter Vorbehalt einer Befreiung der KESB werden die Rechnung und die Berichte der Beistandschaft von Angehörigen wie die Rechnung und die Berichte einer ordentlichen Beistandschaft von der KESB geprüft.

### **Art. 31**      Genehmigungsverfahren

<sup>1</sup> Die Genehmigung des Berichtes und gegebenenfalls der Rechnung durch die KESB muss spätestens innert drei Monaten nach ihrer Hinterlegung erfolgen.

<sup>2</sup> Die Vorlegung des Berichtes und gegebenenfalls der Rechnung erfolgen in laufender Sitzung. Im Beschluss oder im Protokoll wird die Anwesenheit der Mitglieder der KESB, der Eltern und gegebenenfalls der betroffenen Person erwähnt.

### **Art. 32**      Aufbewahrung der Akten

<sup>1</sup> Die KESB ist für die Aufbewahrung der Rechnungen, der Berichte, der Genehmigungsbeschlüsse der Rechnungen, der Beweisunterlagen und der Inventare in einem geeigneten Lokal verantwortlich. Auf ein begründetes Gesuch kann die KESB dem Beistand eine Kopie aushändigen.

<sup>2</sup> Das Departement kann Weisungen für die Aufbewahrung der Akten mittels elektronischer Datenverarbeitung erlassen.

<sup>3</sup> Vorbehalten bleibt das Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und die Archivierung.

## **5a Entlöhnung des Beistandes \***

### **Art. 32a \***    Entlöhnung und Spesenentschädigung des Beistandes

<sup>1</sup> Die Entlöhnung und Spesenentschädigung des privaten oder Berufsbeistandes werden ganz oder teilweise vom Vermögen der betroffenen Person entnommen, sofern diese nicht bedürftig ist.

<sup>2</sup> Ist die betroffene Person bedürftig, werden diese Beträge von ihrer Wohngemeinde vorgeschossen.

<sup>3</sup> Die Entlöhnung des Beistandes oder des Vormundes eines Minderjährigen und seine Spesenentschädigung werden in der Jugendgesetzgebung geregelt.

**Art. 32b \*** Ermitteln der Bedürftigkeit

<sup>1</sup> Die Bedürftigkeit der betroffenen Person wird sinngemäss zu den Bestimmungen über den gerichtlichen Rechtsbeistand ermittelt.

<sup>2</sup> Ist die betroffene Person Sozialhilfeempfängerin, gilt die Bedürftigkeit als erwiesen.

**Art. 32c \*** Rückerstattung an die Gemeinde

<sup>1</sup> Die betroffene Person ist zur Rückerstattung des Vorschusses der Wohngemeinde verpflichtet, sobald sie zu neuem Vermögen kommt.

<sup>2</sup> Die Forderung der Gemeinde verjährt zehn Jahre nach der Erbringung der letzten Leistung.

<sup>3</sup> Die Forderung der Gemeinde wird nicht als Sozialhilfeleistung anerkannt. Unter Vorbehalt der Rückerstattung durch die betroffene Person, bleibt sie vollständig zu Lasten der Gemeinde.

<sup>4</sup> Ansonsten gilt sinngemäss das Gesetz über die unentgeltliche Rechtspflege. \*

**Art. 32d \*** Entscheid der KESB

<sup>1</sup> Stellt die KESB die Entlöhnung und Spesenentschädigung des Beistandes ein, entweder grundsätzlich durch einen Genehmigungsentscheid betreffend den Tätigkeitsbericht und die Konten, bezeichnet sie ebenfalls den Schuldner der Entlöhnung (die betroffene Person oder die Gemeinde) und gegebenenfalls sogar den Grundsatz der Rückerstattungspflicht an die Wohngemeinde.

### **6 Verschiedene Bestimmungen, Übergangs- und Schlussbestimmungen**

#### **Art. 33** Werte und Anlagen

<sup>1</sup> Die Anlage und die Erhaltung des Vermögens von Personen, die einen Beistand mit ihrer Vermögensverwaltung beauftragt haben oder die unter Vormundschaft stehen, wird durch die Bundesverordnung über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder einer Vormundschaft geregelt.

#### **Art. 34** Kosten und Entschädigungen

<sup>1</sup> Die eidgenössische Zivilprozessordnung definiert die Begriffe der Kosten und Entschädigungen und beschliesst ihre Verteilung und Liquidation.

<sup>2</sup> Die Kriterien für die Festsetzung des Gebührentarifs und der Auslagen sind im GTar aufgeführt, insbesondere in den Artikel 18 und 34.

#### **Art. 35** Mitwirkungspflicht und Amtshilfe

<sup>1</sup> Die Mitwirkungspflicht der am Verfahren beteiligten Personen und Dritten sowie die Hilfe der Verwaltungsbehörden und der Gerichte werden durch das Schweizerische Zivilgesetzbuch geregelt.

<sup>2</sup> Ein Gesuch um Amtshilfe sollte schriftlich und mit entsprechender Begründung erfolgen.

#### **Art. 36** Aufnahme in der für die fürsorgliche Unterbringung geeigneten Anstalt

<sup>1</sup> Wenn die Unterbringung infolge einer psychischen Störung im Sinne von Artikel 426 ZGB angeordnet wird, wendet sich die zuständige Behörde vorab an den Verantwortlichen der sanitären Einrichtung, die sie für den vorliegenden Fall als geeignet erachtet. Gegebenenfalls trifft der Chefarzt des Departements Psychiatrie des Spitalzentrums Unterwallis oder der Chefarzt des Departements Psychiatrie des Spitalzentrums Oberwallis die nötigen Massnahmen, um eine Aufnahme in der als geeignet erscheinenden Einrichtung zu garantieren.

<sup>2</sup> Wenn die Unterbringung einer erwachsenen Person aus einem anderen Grund im Sinne von Artikel 426 ZGB angeordnet wird, wendet sich die KESB über die Dienststelle für Sozialwesen an das Zentrum für Indikation und Weiterbehandlung (ZIW) und übermittelt ihm eine vollständige Akte, welche alle nützlichen Auskünfte über die zu platzierende Person und die Gründe der Massnahme enthält. Im Notfall wird die durch eine fürsorgliche Unterbringung zu platzierende Person ohne besonderes Verfahren in der durch eine Weisung der Dienststelle für Sozialwesen bestimmten Einrichtung für die in dieser Weisung festgelegte Maximaldauer aufgenommen.

### **Art. 37** Zentrum für Indikation und Weiterbehandlung

<sup>1</sup> Das ZIW ist das zuständige Organ für den Vollzug der Unterbringungsentscheide im Sinne des Artikels 36 Absatz 2.

<sup>2</sup> Es umfasste zwei Zentren, für das Ober- und Unterwallis, bestehend aus Vertretern:

- a) der Dienststelle für Sozialwesen;
- b) der Spezialeinrichtungen;
- c) des Spitals Wallis und der kantonalen Struktur der Koordinationsinstanz.

<sup>3</sup> Es beauftragt eine Fachorganisation mit der Suche nach der für den vorliegenden Fall geeignet erscheinenden Einrichtung und der Bereitstellung der vorbeugenden und therapeutischen Massnahmen.

<sup>4</sup> Anhand eines Berichtes der Fachorganisation, beauftragt das ZIW mit einem Leistungsauftrag die geeignete Einrichtung mit der nötigen Behandlung.

<sup>5</sup> Sobald das ZIW beauftragt wird, kann es im Rahmen eines Platzierungsentscheides alle geeigneten Massnahmen bis zur Aufnahme in der geeigneten Einrichtung anordnen.

<sup>6</sup> Anhand des GTar erlässt der Staatsrat Weisungen über die Untersuchungskosten des ZIW und der mit der Beurteilung beauftragten Fachorganisation (Abs. 3). Das ZIW wacht über das Inkasso der Kosten durch die KESB.

### **Art. 38** Aufsicht über Wohn- und Pflegeeinrichtungen

<sup>1</sup> Die Aufsicht über Wohn- und Pflegeeinrichtungen, in denen urteilsunfähige Personen betreut werden, wird durch das Gesundheitsgesetz geregelt.

## 211.250

---

### **Art. 39** Aufsicht über die sozialtherapeutischen Krankenanstalten und -institutionen

<sup>1</sup> Die sozialtherapeutischen Krankenanstalten und -institutionen, in denen unzurechnungsfähige Personen betreut werden, werden von einem qualifizierten Vertreter der KESB sooft als nötig, aber mindestens einmal alle zwei Jahre, aufgesucht.

<sup>2</sup> Der Vertreter der Behörde informiert sich insbesondere bei Besprechungen über die Verfassung der Pensionäre und über die Art, wie man sich um sie kümmert.

<sup>3</sup> Falls Verstösse festgestellt werden, informiert der Vertreter der Behörde das mit dem Sozialwesen beauftragte Departement, welches sämtliche nützlichen Massnahmen ergreift.

### **Art. 40** Massnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit

<sup>1</sup> Jede sozialmedizinische Anstalt oder Heim im Sinne der Artikel 382 und folgende ZGB sowie jede für die fürsorgerische Unterbringung von Personen geeignete Anstalt (Art. 426 ff. ZGB) hat die Pflicht zu bezeichnen:

- a) die Personen, welche eine Massnahme zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit anordnen können;
- b) die verschiedenen zur Verfügung stehenden Massnahmen zur Einschränkung;
- c) die Abstände, nach welchen die angeordnete Massnahme auf ihre Berechtigung hin überprüft werden muss.

<sup>2</sup> Für die dem Departement für Gesundheitswesen unterstellten Krankenanstalten und -institutionen sind subsidiär die Bestimmungen des Gesundheitsgesetzes über die Zwangsmassnahmen anwendbar.

### **Art. 41** Begutachtung - Kostenvorschuss

<sup>1</sup> Die KESB erforscht den Sachverhalt von Amtes wegen und leistet für die von ihr angeordneten Begutachtungen Kostenvorschuss.

<sup>2</sup> Sofern eine Partei eine Begutachtung verlangt, kann die KESB ihre Anordnung von einem Kostenvorschuss abhängig machen.

### **Art. 42** Übergangsbestimmungen

<sup>1</sup> Die vorliegende Verordnung wird nach ihrem Inkrafttreten angewendet.

**Art. 43** Aufhebungen und Änderungen

<sup>1</sup> Aufgehoben sind alle der vorliegenden Verordnung widersprechende Bestimmungen, insbesondere die Verordnung über die Vormundschaft vom 27. Oktober 1999.

<sup>2</sup> Die allgemeine Ausführungsverordnung zum Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 4. Oktober 2000 wird abgeändert.

**Art. 44** Inkrafttreten

<sup>1</sup> Die vorliegende Verordnung wird im Amtsblatt veröffentlicht, um am 1. Januar 2013 in Kraft zu treten.

**Änderungstabelle - Nach Beschluss**

<b>Beschluss</b>	<b>Inkrafttreten</b>	<b>Element</b>	<b>Änderung</b>	<b>Quelle Publikation</b>
22.08.2012	01.01.2013	Erlass	Erstfassung	BO/Abl 39/2012
27.05.2015	01.07.2015	Titel 5a	eingefügt	BO/Abl. 23/2015
27.05.2015	01.07.2015	Art. 32a	eingefügt	BO/Abl. 23/2015
27.05.2015	01.07.2015	Art. 32b	eingefügt	BO/Abl. 23/2015
27.05.2015	01.07.2015	Art. 32c	eingefügt	BO/Abl. 23/2015
27.05.2015	01.07.2015	Art. 32d	eingefügt	BO/Abl. 23/2015
13.04.2016	01.01.2016	Art. 1 Abs. 1, a)	geändert	BO/Abl. 17/2016
13.04.2016	01.01.2016	Titel 2	geändert	BO/Abl. 17/2016
13.04.2016	01.01.2016	Art. 5 Abs. 1	geändert	BO/Abl. 17/2016
13.04.2016	01.01.2016	Art. 7	aufgehoben	BO/Abl. 17/2016
13.04.2016	01.01.2016	Art. 9 Abs. 1	geändert	BO/Abl. 17/2016
13.04.2016	01.01.2016	Art. 9 Abs. 3, a)	geändert	BO/Abl. 17/2016
13.04.2016	01.01.2016	Art. 9 Abs. 3, b)	geändert	BO/Abl. 17/2016
13.04.2016	01.01.2016	Art. 10 Abs. 1	geändert	BO/Abl. 17/2016
25.01.2017	01.02.2017	Art. 15 Abs. 1	geändert	BO/Abl 5/2017
25.01.2017	01.02.2017	Art. 15 Abs. 2	geändert	BO/Abl 5/2017
25.01.2017	01.02.2017	Art. 16	aufgehoben	BO/Abl 5/2017
25.01.2017	01.02.2017	Art. 18 Abs. 1, b)	aufgehoben	BO/Abl 5/2017
25.01.2017	01.02.2017	Art. 18 Abs. 1, c)	aufgehoben	BO/Abl 5/2017
25.01.2017	01.02.2017	Art. 19	aufgehoben	BO/Abl 5/2017
25.01.2017	01.02.2017	Art. 20	aufgehoben	BO/Abl 5/2017
25.01.2017	01.02.2017	Art. 26 Abs. 2	geändert	BO/Abl 5/2017
17.01.2018	01.02.2018	Art. 32c Abs. 4	geändert	BO/Abl 4/2018

## Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Quelle Publikation
Erlass	22.08.2012	01.01.2013	Erstfassung	BO/Abl 39/2012
Art. 1 Abs. 1, a)	13.04.2016	01.01.2016	geändert	BO/Abl. 17/2016
Titel 2	13.04.2016	01.01.2016	geändert	BO/Abl. 17/2016
Art. 5 Abs. 1	13.04.2016	01.01.2016	geändert	BO/Abl. 17/2016
Art. 7	13.04.2016	01.01.2016	aufgehoben	BO/Abl. 17/2016
Art. 9 Abs. 1	13.04.2016	01.01.2016	geändert	BO/Abl. 17/2016
Art. 9 Abs. 3, a)	13.04.2016	01.01.2016	geändert	BO/Abl. 17/2016
Art. 9 Abs. 3, b)	13.04.2016	01.01.2016	geändert	BO/Abl. 17/2016
Art. 10 Abs. 1	13.04.2016	01.01.2016	geändert	BO/Abl. 17/2016
Art. 15 Abs. 1	25.01.2017	01.02.2017	geändert	BO/Abl 5/2017
Art. 15 Abs. 2	25.01.2017	01.02.2017	geändert	BO/Abl 5/2017
Art. 16	25.01.2017	01.02.2017	aufgehoben	BO/Abl 5/2017
Art. 18 Abs. 1, b)	25.01.2017	01.02.2017	aufgehoben	BO/Abl 5/2017
Art. 18 Abs. 1, c)	25.01.2017	01.02.2017	aufgehoben	BO/Abl 5/2017
Art. 19	25.01.2017	01.02.2017	aufgehoben	BO/Abl 5/2017
Art. 20	25.01.2017	01.02.2017	aufgehoben	BO/Abl 5/2017
Art. 26 Abs. 2	25.01.2017	01.02.2017	geändert	BO/Abl 5/2017
Titel 5a	27.05.2015	01.07.2015	eingefügt	BO/Abl. 23/2015
Art. 32a	27.05.2015	01.07.2015	eingefügt	BO/Abl. 23/2015
Art. 32b	27.05.2015	01.07.2015	eingefügt	BO/Abl. 23/2015
Art. 32c	27.05.2015	01.07.2015	eingefügt	BO/Abl. 23/2015
Art. 32c Abs. 4	17.01.2018	01.02.2018	geändert	BO/Abl 4/2018
Art. 32d	27.05.2015	01.07.2015	eingefügt	BO/Abl. 23/2015